

Neue EU-Importbegrenzungen Eine gefährliche Wette zum Leidwesen der Schweizer Stahlindustrie

Der Vorschlag der EU-Kommission, Drittlandimporte von Stahlprodukten drastisch zu reduzieren, könnte einen massiven Schaden für die Schweizer Stahlindustrie bedeuten. Dabei geht es bei diesen Schutzzöllen vielmehr um Symbolpolitik, als um eine evidenzbasierte Massnahme. Diese Importbegrenzung ist nur ein Teil einer Reihe von unausgewogenen Initiativen und birgt ein enormes Risiko für europäische Stahlverbraucher und Schweizer Produzenten.



Die europäische Stahlindustrie fordert zunehmend protektionistische Massnahmen von der EU-Kommission, um einen höheren Schutz vor globalen Überkapazitäten und Preis-Dumping zu erfahren. Mit den neuen Plänen der EU, die Stahlimporte aus Drittländern massiv einzuschränken, implementiert die EU diese Forderungen praktisch uneingeschränkt. Dies bedroht die Schweizer Stahlproduktion und könnte sich auch für die EU rächen. Zudem sind die Märkte zwischen der Schweiz und dem nahen EU-Ausland eng vernetzt.

Schweizer Stahlwerke mit Exportverbot konfrontiert

Sollte die EU tatsächlich bis nächsten Juni die Zollkontingente verkleinern und Stahleinfuhren aus Drittstaaten mit 50 % Zöllen belegen, käme dies für Schweizer Hersteller einem Exportverbot gleich. Ein «First Come, First Serve»-Prinzip ist für die Recyclingwerke, wie in der Schweiz, keine Option, da jeweils nur nach aktuellem Bedarf produziert wird und keine Möglichkeiten zur Lagerung im EU-Raum bestehen. Damit steht neben dem Wegfallen eines gesamten Industriezweigs auch eine wichtige Infrastruktur im Schrottrecycling auf dem Spiel. Die Schweizer Stahlwerke leisten einen wichtigen Beitrag zur Kreislaufwirtschaft, indem sie Schrott wieder zu Stahl verarbeiten. Fällt diese Logistik weg, droht dem Metallschrott das gleiche Schicksal wie dem Glas und es müsste ins Ausland exportiert werden. Jedoch droht bei einem solchen Transport ins Ausland, dass die logistischen Kapazitäten von Schiene und Strasse völlig überlastet würden. Darüberhinaus gäbe es keinen ökologischen Schweizer Recyclingstahl mehr und Importeure könnten wieder vermehrt auf unsauberen Primärstahl setzen.

Importbegrenzungen sind eine Scheinlösung

Diese Importbegrenzungen sind nur ein Teil einer Vielzahl von protektionistischen Massnahmen, welche die EU in den letzten Jahren in die Wege geleitet hat, und reihen sich in Initiativen wie den «European Steel and Metal Action Plan» oder den «European Green Industrial Deal» ein. Der Zustand der europäischen Stahlindustrie wird oftmals mit



globalen Überkapazitäten und Dumpingpreisen erklärt. Eine Analyse der Importzahlen der letzten Jahre lässt an dieser Theorie jedoch Zweifel aufkommen. Die EU stützt sich auf den Referenzwert der Marktanteile von 2013. Dabei hat sich der globale Stahlmarkt seither massiv verändert, da die Lieferverflechtungen seither intensiviert wurden. Ein Vergleich mit der näheren Vergangenheit zeigt ein ehrlicheres Bild. So erreichten Stahlimporte einen Höchststand im Jahr 2021 und sind seither zurückgegangen. Im Jahr 2024 wurden 15 % weniger Langprodukte in die EU importiert als 2021. Gleichzeitig erzielte die EU-Stahlindustrie auf dem Höchststand der globalen Überkapazitäten in den Jahren 2021/2022 Rekord-Gewinne. Die Schweiz war nie ein Treiber globaler Überkapazitäten, da die heimischen Stahlwerke lediglich «on Demand» produzieren. Zudem geht in der Diskussion unter, dass schon innerhalb der EU bei einigen Stahlprodukten eine

Überkapazität besteht. Ein etabliertes Mittel gegen unfairen Wettbewerb wären vielmehr WTO-konforme Anti-Dumpingverfahren, welche bereits eingesetzt werden. Das eigentliche Problem der Europäischen Stahlindustrie scheint vielmehr eine Nachfragekrise und nicht globale Überkapazitäten zu sein. Mit dem angekündigten Zollhammer könnte sich die EU damit ins eigene Fleisch schneiden, da bei einer potenziellen Versorgungskrise und einer steigenden Nachfrage wie anno 2021 massive Preiserhöhungen die Konsequenz des protektionistischen Kurses sein könnten. Damit geht die EU eine gefährliche Wette ein, welche langfristig neue Probleme hervorrufen könnte.

Auch andere EU-Initiativen machen der Branche zu schaffen

Diese Importbegrenzung ist nicht die erste EU-Massnahme, welche der Schweizer Stahlbranche zu schaffen



macht und kommt auch keinesfalls überraschend. Schon in den letzten Jahren galten Staatshilfen für die Stahl und Metallindustrie zunehmend als neues Allheilmittel in zahlreichen EU-Ländern. So senken viele Länder den Strompreis für die Industrie. Während in Deutschland in Zukunft die MWh Strom noch ca. EUR 50-60 kosten könnte, müssen die Schweizer Industriebetriebe weiterhin den vollen Marktpreis bezahlen. Zusammen mit Netzzugang und Netzzuschlägen kommt somit ein stolzer Preis von etwa CHF 200 pro MWh beim Grossverbraucher zusammen. Mit diesem Missverhältnis ist keine Wettbewerbsfähigkeit mehr möglich. Des Weiteren werden europäische Industrieunternehmen durch den «Green Deal Industrial Plan» und den «Net Zero Industry Act» bereits massiv bei ihren Dekarbonisierungsprojekten unterstützt. Mit dem Carbon Adjustment Mechanism (CBAM) hat die EU zudem ein Instrument, um Unternehmen innerhalb des Binnenmarktes vor Produkten zu schützen, welche nicht die gleichen Umweltkosten tragen.

Die Schweiz steht auf verlorenem Posten

Auch wenn die Schweiz keine Verursacherin globaler Überkapazitäten ist und Schweizer Recyclingstahl höchste Umweltstandards sowie Preise aufweist, wird sie im Gegensatz zu den EWR-Staaten dennoch nicht von den Massnahmen ausgenommen und als Drittland behandelt. Die Positionen innerhalb der EU sind verfestigt und eine erneute Ausnahmeregelung wie schon beim CBAM scheint schwieriger zu erreichen. Nach den hohen Zöllen aus den USA zeigt sich einmal mehr, wie wichtig stabile Handelsbeziehungen für die Schweiz sind. Es bleibt daher auch in Zukunft zentral, sich für gute Handelsbeziehungen einzusetzen und freien Handel zu fördern. Daneben ist auch eine Diversifizierung der Handelspartnerschaften zu begrüssen. Die Konsequenzen für die Schweiz könnten mittelfristig höhere Stahlpreise sein und kurzfristige Knaptheitssituationen und Lieferschwierigkeiten. Langfristig

gesehen, ist es jedoch kaum denkbar, dass diese Wirkungen Bestand haben werden.

Die Stahlindustrie kann auch mit inländischen Massnahmen entlastet werden

Neben den internationalen Bemühungen gäbe es auch nationale Massnahmen, welche einfach umzusetzen wären und die Situation für die Produzenten zumindest etwas abfedern würden. Ein Hebel dabei wäre die Senkung der Energiekosten. Die aktuell hohen Preise sind ein Zeichen dafür, dass die Energiestrategie 2050 gescheitert ist und eine Neuauflage dringend nötig wäre. Insbesondere braucht es für die zukünftige Stromproduktion Technologieoffenheit und beschleunigte Bewilligungsverfahren. Auch die Netzzuschläge könnten für Industrieunternehmen reduziert werden. Daneben gäbe es auch sehr kurzfristigere Massnahmen, welche bereits schnell wirken würden. So wäre es beispielsweise denkbar,

dass Produzenten, welche auf Recycling setzen in Zukunft für ihre Recycling-Dienstleistung vergütet werden. In anderen europäischen Ländern werden solche Vergütungen bereits eingesetzt. Weitere Hilfen könnten in Form von Förderprogrammen und Anschubfinanzierungen geschehen. Gerade die Umstellung auf CO₂-arme Verfahren in der Stahl- und Aluminiumproduktion erfordert regelmässig hohe Investitionskosten, welche die Unternehmen inklusive Risiko selbst tragen müssen. Der Bund und die Kantone haben es ebenfalls in der Hand, dass das öffentliche Beschaffungswesen auf nachhaltigen Recyclingstahl setzt, um so ihre eigenen CO₂-Ziele im Bauwesen zu erreichen. Damit würden lokale Produzenten unterstützt, und teure CO₂-Kompensationen verhindert werden. Ein weiterer

Ansatzpunkt sind die regulatorischen und administrativen Hürden, welche insbesondere für KMUs eine zunehmende Last darstellen. Insbesondere Massnahmen zur Nachhaltigkeitsberichterstattung sind eine unverhältnismässige Hürde.

Zusammenfassend gesagt sind die EU-Importbegrenzungen ganz klar eine Zäsur und könnten auch negative Auswirkungen auf die EU haben. Für Schweizer Produzenten ist dies eine Zusatzbelastung in einem bereits sehr schwierigen Arbeitsumfeld. Die Landesregierung und das Parlament hätten viele Hebel, die Industrie ohne grossen Aufwand von zusätzlichen Mitteln zu entlasten. Dafür fehlte bisher jedoch immer der politische Wille, da die Wichtigkeit dieser Industrie im Land verkannt oder bewusst

ignoriert wurde. Bisher wurde stets versucht neue Herausforderungen mit alten Ansätzen zu lösen. Vielleicht dienen diese erneuten Verschärfungen als Weckruf, dass auch die Schweiz neue Lösungen finden muss, um nicht vollends zur Dienstleistungsgesellschaft zu verkommen.

metal.suisse

Viaduktstrasse 8
Postfach
4010 Basel
Telefon +41 61 202 94 54
E-Mail:info@metalsuisse.ch

Smart Compact – der Verdichtungsassistent.

Der digitale Verdichtungsassistent Smart Compact unterstützt die Walzenfahrer aktiv bei der täglichen Arbeit und regelt die Verdichtung der beiden Bandagen.



Gurtner Baumaschinen AG
Deisrüstrasse 17, CH-8472 Ohringen
info@gurtner-baumaschinen.ch
www.gurtner-baumaschinen.ch

G **Gurtner**
Baumaschinen